

2122/J XX.GP

der Abgeordneten Haller
und Kollegen

an den Bundesminister für Umwelt, Jugend und Familie

betreffend volle Arbeitsverpflichtung für Frauen mit Betreuungspflichten

Nach wie vor sehen sich viele Frauen mit dem Problem konfrontiert, daß qualifizierte Teilzeitarbeitsplätze in Österreich praktisch nicht angeboten werden, bzw. die angebotenen Arbeitsplätze schlecht bezahlt sind, sodaß sie allein von dieser Teilzeitarbeit nicht leben können. Hinzu kommen der nach wie vor bestehende Mangel an flexiblen Kinderbetreuungsplätzen, der fehlende Berufsschutz im Bereich der Notstandshilfe und die Verpflichtung, einen Ganztagsjob auszuüben, was ein weiteres Erschwernis vor allem für alleinerziehende Mütter bedeutet. So wurde beispielsweise eine alleinerziehende Mutter dreier Kinder aus Schwoich, gelernte Diplomkauffrau, vom Arbeitsamt aufgefordert ganztätig als Küchenhilfe zu arbeiten. Nach erfolgloser Bewerbung wurde ihr vom Arbeitsmarktservice vorgeworfen, sie hätte sich nicht um den Job bemüht und auch die Annahme dieses Ganztagsjobs ohne genau fixierte Arbeitszeit sei ihr sehr wohl zuzumuten. Die Mutter verlor daraufhin für sechs Wochen den Anspruch auf Notstandshilfe. Die gesellschaftlich notwendige Betreuungsarbeit wird bei Vermittlungswünschen einer Arbeitsplatzsuchenden also nicht berücksichtigt.

In diesem Zusammenhang stellen die unterfertigten Abgeordneten an den Bundesminister für Umwelt, Jugend und Familie folgende

Anfrage :

1. Sind Sie sich der familienzerstörenden Wirkung der derzeitigen Regelung betreffend Arbeitsverpflichtung für Frauen mit Betreuungspflichten bewußt und wenn ja, was gedenken Sie zum Wohle der Kinder dagegen zu tun?
2. Was werden Sie unternehmen, um alleinerziehenden Müttern die Chance zu geben, Beruf und Kinderbetreuung bzw. -erziehung vor dem Hintergrund der absolut notwendigen Existenzsicherung besser zu vereinen?
3. Werden Sie sich für die Überprüfung des Kinderbetreuungsschecks als Lösungsmöglichkeit einsetzen?
4. Haben Sie diesbezüglich mit der Bundesministerin für Frauen oder der Bundesministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales schon Gespräche geführt?
Wennja, wann, mit welchem Inhalt und mit welchen Ergebnissen?
5. Welche konkreten Schritte werden Sie unternehmen, um die Schaffung von mehr und vor allem qualifizierten Teilzeitarbeitsplätzen speziell für Frauen in Österreich zu unterstützen?